

# MDL-NEWSLETTER

4/2024

**BERND KRÜCKEL MDL**  
Heinsberg, Geilenkirchen,  
Übach-Palenberg, Gangelt,  
Selfkant, Waldfeucht

**THOMAS SCHNELLE MDL**  
Erkelenz, Hückelhoven,  
Wassenberg und Wegberg



**Lagebild Islamismus**  
Thomas Schnelle im Gespräch mit  
NRW-Innenminister Herbert Reul

# EDITORIAL

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Pfingstwochenende liegt hinter uns, eine Zeit des Innehaltens und der Erneuerung. Diese Zeit mag uns daran erinnern, dass wir die Herausforderungen der Zukunft mit Zuversicht und Entschlossenheit angehen können. Vor allem in Zeiten, in denen die gefühlte Unsicherheit zunimmt: Wir erleben eine Welle von antiisraelischen und auch islamistischen Demonstrationen. Die jüngste Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik weist einen Anstieg der Ausländerkriminalität auf, welche in Relation mit der Zunahme an Migrantinnen und Migranten steht.

In diesen Zeiten bleibt der Schutz unserer demokratischen Werte und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen von höchster Bedeutung. Die Landesregierung unter Innenminister Herbert Reul zeigt durch konsequente Maßnahmen, dass Extremismus in jeglicher



Form keinen Platz in unserer Gesellschaft hat. In unserem Leitartikel erfahren Sie mehr darüber.

Die CDU-geführte Landesregierung in NRW ebenso wie die CDU Deutschlands wollen für ein sicheres und gerechtes Miteinander sorgen. Auf unserem jüngsten Parteitag haben wir daher unser neues Grundsatzprogramm beschlossen, das auf Freiheit und Sicherheit als Kernthemen setzt, um un-

sere Demokratie in die Zukunft zu führen.

Und in NRW erleben wir, wie eine Regierung unter CDU-Führung unsere Werte vereinen kann, um das Land voranzubringen. Gemeinsam arbeiten wir an einer sicheren und lebenswerten Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. In dieser Ausgabe des Newsletters finden Sie wieder einige Beispiele. ■



**Bernd Krückel MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 64  
F: 0211 884 33 19

E: [bernd.krueckel@landtag.nrw.de](mailto:bernd.krueckel@landtag.nrw.de)  
W: [bernd-krueckel.nrw](http://bernd-krueckel.nrw)



**Thomas Schnelle MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 80  
F: 0211 884 33 20

E: [thomas.schnelle@landtag.nrw.de](mailto:thomas.schnelle@landtag.nrw.de)  
W: [thomas-schnelle.nrw](http://thomas-schnelle.nrw)

### Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 34. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf [www.thomas-schnelle.nrw](http://www.thomas-schnelle.nrw) unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

# LAGEBILD ISLAMISMUS

## NRW bleibt wachsam gegen Extremismus

Nordrhein-Westfalen bleibt weiterhin wachsam und entschlossen im Kampf gegen extremistische Bedrohungen. Dies verdeutlichen die jüngsten Maßnahmen des Innenministeriums unter der Leitung von Minister Herbert Reul, die klar zeigen, dass der Staat alle juristischen Möglichkeiten ausschöpft, um extremistischen Strömungen entgegenzuwirken.

Am 14. Mai 2024 stellte Innenminister Herbert Reul das aktuelle Lagebild Islamismus vor. Diese umfassende 60-seitige Analyse des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes dokumentiert die Entwicklungen und Gefahren im Bereich des Islamismus mit Stand Januar 2024. Reul betonte: *„Der Islamismus ist weiter auf dem Vormarsch.“*

Das Lagebild gibt detaillierte Einblicke in die verschiedenen islamistischen Strömungen und de-

ren Präsenz in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in urbanen Gebieten wie Bonn, Köln, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet. Eine zentrale Erkenntnis des Berichts ist die zunehmende Emotionalisierung und Radikalisierung im Zusammenhang mit internationalen Konflikten, insbesondere dem Nahostkonflikt, der von Islamisten instrumentalisiert wird, um Antisemitismus zu schüren und ihre Anhängerschaft zu erweitern.

Besonders besorgniserregend ist die wachsende Popularität des extremistischen Salafismus unter Jugendlichen. Minister Reul wies darauf hin, dass das Internet eine zentrale Rolle bei der Radikalisierung spielt. *„Hass-Prediger haben Online-Propaganda auf TikTok, Instagram oder Telegram perfektioniert“,* erklärte Reul. *„Diese Online-Influencer nutzen ein Gangster-Image und Kampfsportereferenzen, um junge Menschen anzusprechen und für ihre extremistischen Ideologien zu gewinnen.“*

Nur zwei Tage nach der Vorstellung des Lagebilds verbot das Innenministerium die Gruppierung „Palästina Solidarität Duisburg“. Diese Organisation hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die „Be-

freiung Palästinas“ in den Grenzen von 1947 und somit vor der Gründung des Staates Israel zu propagieren, wobei sie den bewaffneten Kampf der Terrororganisation HAMAS gegen Israel unterstützt. Minister Reul betonte, dass hinter der vermeintlichen Solidarität mit Palästina oft nichts anderes als Judenhass stecke. *„Wir nutzen alle juristischen Möglichkeiten, um Antisemitismus und ideologische Terrorunterstützung auszutrocknen“,* so Reul.

Die ideologische Ausrichtung der „Palästina Solidarität Duisburg“ war stark antiisraelisch und antisemitisch geprägt. Die Organisation verbreitete Hass und Gewalt und gefährdete damit das friedliche Zusammenleben in Deutschland. Durch das Verbot und die Auflösung der Gruppierung setzt die Landesregierung ein klares Zeichen gegen Extremismus und Antisemitismus.

Die Maßnahmen der vergangenen Woche verdeutlichen, dass Nordrhein-Westfalen weiterhin entschlossen gegen jede Form von Extremismus vorgeht. Das Engagement des Innenministeriums zeigt, dass der Schutz der demokratischen Grundwerte und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität hat. Mit konsequentem Handeln und umfassender Aufklärung bleibt NRW wachsam und setzt ein starkes Zeichen für ein friedliches Miteinander. ■



Innenminister Herbert Reul und Thomas Schnelle.

# GRÜNE INVESTITIONEN

## Wie NRW mit grünen Anleihen unsere Zukunft finanziert

Viel wurde in der vergangenen Zeit über den Bundes- oder Landeshaushalt diskutiert. Die Jahre multipler Krisen fordern die Haushalte von Bund und Ländern enorm. Viele außerordentliche Investitionen mussten getätigt werden, um entweder akute Krisen zu bewältigen oder die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Und all dies in einer Zeit, in welcher der Klimawandel von uns eine großflächige Umstrukturierung unserer Wirtschaft erfordert, welche wiederum nur mit staatlichen Investitionen gelingen kann, will man den Wirtschaftsstandort attraktiv halten.

Wie also kann unser Land diese Herausforderungen unter der Voraussetzung bewältigen, keine neuen Schulden aufzunehmen? In den Corona-Jahren konnten die Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse genutzt werden, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Sondervermögen, Schattenhaushalte, wurden auch häufig genutzt, um die Einschränkungen, die wir uns auferlegt haben, rechtssicher zu umgehen. Jedoch hatte erst kürzlich eine solche Hilfskonstruktion für die Ampel unangenehme Konsequenzen, als das BVG nach der Klage unserer CDU-Fraktion im Bundestag feststellte, dass der Bundeshaushalt aufgrund eines umgeschichteten Sondervermögens verfassungswidrig sei.



Finanzminister Markus Optendrenk und Thomas Schnelle.

Nordrhein-Westfalen hat für die Gegenfinanzierung von Investitionen seit einigen Jahren ein weiteres Werkzeug entwickelt, das sich mit jedem Jahr mehr auszahlt: Die nachhaltigen Staatsanleihen, mit denen in Projekte des Landes investiert werden kann, und die im Gegenzug hohe Sicherheit und Zinsen bieten. Seit 2015 hat unser Land Anleihen mit einem Volumen von mehr als 22 Milliarden Euro emittiert und konnte somit viel Geld für nachhaltige Projekte gewinnen, die sich nicht nur in der

Zukunft für uns auszahlen werden, sondern bereits jetzt ohne den Rückgriff auf Steuergelder oder Kreditaufnahme finanziert werden können.

Anders als konventionelle Anleihen, die der Finanzierung des allgemeinen Landeshaushalts zugutekommen, sind die Nachhaltigkeitsanleihen projektbezogen und dienen somit der Finanzierung ganz bestimmter Vorhaben.

Diese Anleihen sind speziell darauf ausgerichtet, Projekte mit vorteilhaften sozialen und ökologischen Auswirkungen zu finanzieren und richten sich an Investoren, die Wert auf nachhaltige Investitionen legen. Die Anleihen wurden mehrfach ausgezeichnet, darunter von der Fachzeitschrift „GlobalCapital“ und dem Online-Nachrichten- und Analysedienst „Environmental Finance“ und erhalten hervorragende Ratings von Analyseinstituten.

Durch die Nachhaltigkeitsanleihen gibt es nur Gewinner: Die Menschen in NRW profitieren von Investitionen in soziale und nachhaltige Projekte, während das Land und die Anleger von einem krisenfesten Finanzprodukt profitieren. Diese Anleihen ermöglichen es NRW, gezielt Geld für grüne Projekte zu sammeln und Investoren anzuziehen, die nachhaltig anlegen wollen. →

Und bereits fast 900.000 Menschen in NRW haben von diesen Maßnahmen profitiert, und rund 21.000 Jobs wurden geschaffen oder erhalten.

In der Plenarwoche im Mai haben die Fraktionen von CDU und Grünen einen Antrag eingebracht, um diese Anleihen zu stärken und die Emission derer voranzutreiben. Wir sind überzeugt, dass mit diesem Finanz-

produkt nachhaltige Finanzen nicht nur möglich, sondern auch profitabel und zukunftsweisend sind. Unser Finanzminister Markus Optendrenk ist überzeugt, dass wir mit den Nachhaltigkeitsanleihen auf dem richtigen Weg sind. Die hohe Nachfrage zeige, wie groß das Vertrauen der Investoren in unser Land ist und wie sehr wir als nachhaltiger Emittent am Markt überzeugen. ■

# CANNABISVERORDNUNG

## Neue Cannabisverordnung in NRW: Fokus auf Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat die Cannabisordnungswidrigkeitenverordnung verabschiedet und einen dazugehörigen Bußgeldkatalog veröffentlicht. Diese Maßnahmen dienen dazu, das Konsumcannabisgesetz der Bundesregierung umsetzen und bei uns in NRW hauptsächlich den Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen gewährleisten.

Ein Erlass stellt zudem klar, wie die im Bundesgesetz vorgeschriebenen Konsumverbote in Gegenwart von Minderjährigen auf Großveranstaltungen umgesetzt werden sollen.

*Persönlich halte ich die nahezu vollständige Legalisierung von Cannabis durch das Bundesgesetz für falsch. Das Gesetz ist überhastet und schlecht gemacht, und es wird schwer kontrollierbar sein.*

Dennoch werden wir unserer Pflicht nachkommen, das Bundesgesetz bestmöglich umzusetzen und dabei im Rahmen unserer Möglichkeiten einen Fokus auf den Gesundheitsschutz setzen.

Die neue Verordnung überträgt die Zuständigkeit für die Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten durch den Besitz und Konsum von Cannabis sowie Wer-

beboten auf die Gemeinden. Ein „Bußgeldkatalog Konsumcannabis“ bietet einen landesweit einheitlichen Rahmen für Bußgelder. So kann der Cannabiskonsum in Verbotszonen mit 50 bis 500 € und der Konsum in unmittelbarer Nähe von Minderjährigen mit 300 bis 1.000 € geahndet werden.

Das Konsumverbot in Gegenwart von Minderjährigen gilt auch auf Großveranstaltungen. Veranstalter müssen Maßnahmen ergreifen, um Verstöße zu verhindern, was auch ein generelles Cannabis-Konsumverbot umfassen kann. Die Landesregierung arbeitet derzeit an weiteren Umsetzungsregelungen für das Cannabisgesetz. ■

# KURZNACHRICHTEN

## Auf die Schnelle

### „Sicher im Dienst“ - Gewaltprävention im Landtag

In der Plenarwoche im Mai standen im Landtag Nordrhein-Westfalen wieder Vertreterinnen und Vertreter des Präventionsnetzwerks „Sicher im Dienst“ für Fragen der Abgeordneten und Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern im Landtag zur Verfügung.

„Sicher im Dienst“ ist ein umfassendes Netzwerk, das über 450 Behörden, Institutionen und Verbände vereint, um den Schutz und die Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

Sie bietet eine Plattform für den Austausch von Praxisbeispielen und Handlungsempfehlungen, um konkrete Lösungen gegen verbale und körperliche Anfeindungen zu entwickeln.

Nach den kürzlichen Angriffen auf Franziska Giffey, Matthias Ecke und weitere Politiker, steht das Thema Sicherheit von Mandatsträgern für das Netzwerk auf der Tagesordnung. Dafür haben sie Handlungsanweisungen für Mandats- und Amtsträger entwickelt und herausgebracht, die sie den Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag näherbrachten. Zu allen Fragen der Gewaltprävention standen sie Interessierten Rede und Antwort. ■



Thomas Schnelle im Austausch mit ehemaligen Kollegen.

### LZPD NRW übergibt neue „Heimtrikots“ an Einsatzkräfte

Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW hat am 17. Mai begonnen, neue Poloshirts an Polizistinnen und Polizisten zu verteilen. Diese funktionalen „Heimtrikots“ bieten neben den Kurzarmhemden eine komfortable Alternative, besonders passend zu den sommerlichen Temperaturen und der Fußball-Europameisterschaft. Rund 50.000 Poloshirts werden zunächst an Einsatzkräfte in Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Köln ausgegeben, bevor weitere Polizeibehörden im Land folgen. ■

Symbolbild der neuen „Heimtrikots“.



# GIRLS' AND BOYS' DAY

## Einblick in neue Berufswelten

Im April fand im Landtag der bundesweite Girls' and Boys' Day statt, ein Aktionstag zur klischeefreien Berufsorientierung für Jungen und Mädchen. Rund 180 Schülerinnen und Schüler aus ganz NRW nutzten die Gelegenheit, Berufe kennenzulernen, in denen Frauen oder Männer bisher unterrepräsentiert sind.

Der Girls' and Boys' Day öffnet jungen Menschen die Tür zu vielfältigen beruflichen Möglichkeiten, unabhängig von traditionellen Rollenbildern. Angesichts des Fachkräftemangels ist es wichtig, dass die Jugendlichen ein breites Spektrum an Berufen kennenlernen und wir vor allem mehr Frauen für Berufe begeistern können, die bisher von Männern dominiert werden. Der Landtag NRW unterstützt diesen Tag seit vielen Jahren und bietet selbst als attraktiver Arbeitgeber Positionen und Karriereperspektiven im Herzen der Demokratie an. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, bei Jugendlichen das Vertrauen in die Zukunft zu stärken. So stärken wir auch das Vertrauen in die Demokratie.

Bildungsanbieter wie Hochschulen, das Handwerkerinnenhaus und das Kinder- und Jugendtechnologiezentrum gaben Einblicke in verschiedene Berufsfelder. Diese Angebote ermöglichten den Jugendlichen, Berufe auszuprobieren, die nicht den traditionellen Geschlechterrollen entsprechen, und förderten so ein Umdenken in der Berufswahl.



Thomas Schnelle mit den Teilnehmerinnen des Cusanus-Gymnasiums in Erkelenz.

Auch aus dem Kreis Heinsberg waren Jugendliche zu Gast im Landtag. Thomas Schnelle begrüßte drei junge Frauen aus dem Cusanus-Gymnasium in Erkelenz. Aus dem Wahlkreis von Bernd Krückel waren ebenfalls drei junge Frauen vom bischöflichen Gymnasium St. Ursula in Geilenkirchen dabei. Wir danken ihnen für ihre interessierte und engagierte Teilnahme.

Der Girls' and Boys' Day im Landtag Nordrhein-Westfalen war ein großer Erfolg und zeigte erneut, wie wichtig es ist, jungen Men-

schen die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten näherzubringen und sie dabei zu unterstützen, ihre eigenen Karrierewege zu finden. ■

Die Teilnehmerinnen des bischöflichen Gymnasiums St. Ursula in Geilenkirchen.



# RESERVISTEN-AG

## Landesverteidigung und zivil-militärische Zusammenarbeit

Im Landtag NRW fand kürzlich ein Treffen der Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) des Landtags NRW statt. Zu Gast war Brigadegeneral Hans-Dieter Müller, seit September 2023 Kommandeur des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen. Der General hielt einen Vortrag über den aktuellen Stand und die Struktur der Landesverteidigung.

Ein zentraler Bestandteil des Auftrags des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen ist die zivil-militärische Zusammenarbeit. Gemäß Artikel 35 des Grundgesetzes regelt das Landeskommmando die Rechts- und Amtshilfe von Bundes- und Landesbehörden, insbesondere zur Hilfeleistung bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen. Diese Kommandos beraten die zivilen Krisenstäbe über die Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr im Hilfeleistungsfall. Über 700 Reservistendienstleistende setzen sich in diesen 59 Verbindungskomman-

dos aktiv für Nordrhein-Westfalen ein und vertreten die Bundeswehr in der Öffentlichkeit.

Brigadegeneral Müller betonte in seinem Vortrag die zentrale Rolle der zivil-militärischen Zusammenarbeit, speziell angesichts der Herausforderungen, die durch die COVID-19-Pandemie und die Flutkatastrophen deutlich wurden. Die Bundeswehr leistete in diesen Krisen entscheidende Unterstützung. Dabei ging es nicht nur um akute Hilfseinsätze, sondern auch um die langfristige Planung und Stärkung der zivilen Unterstützung im Ernstfall für die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, den der General ansprach, war die Stärkung der Resilienz der Bevölkerung – die Fähigkeit zur Selbsthilfe in Krisensituationen. Diese Fähigkeit ist unerlässlich, um die Belastungen von Bevölkerung und Infrastruktur in Notlagen zu

minimieren und die Effizienz der Hilfsmaßnahmen zu maximieren.

Während seines Vortrags warb Brigadegeneral Müller für eine weitere Stärkung der Bundeswehr und unterstützte die Wiedereinführung der Wehrpflicht, zumindest in Form einer Kontingentwehrrpflicht. Diese Position deckt sich mit der Entscheidung der Bundes-CDU für ihr Grundsatzprogramm und zielt darauf ab, die Verteidigungsfähigkeit des Landes weiter zu verbessern.

Die Notwendigkeit, sich mit Fragen der Landesverteidigung und der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu befassen, bleibt auch in Zukunft von Bedeutung. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten viele geglaubt, dass solche Themen der Vergangenheit angehören würden. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen zeigen jedoch, dass eine starke und gut vorbereitete Landesverteidigung unverzichtbar ist. ■



Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mit Brigadegeneral Müller.

# STRUKTURWANDEL

## Konferenz auf Schloss Paffendorf

Am 27. April stand Schloss Paffendorf in Bergheim ganz im Zeichen des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Dieses größte Braunkohlerevier Deutschlands hat in den vergangenen Jahrzehnten durch Umsiedlungen und Eingriffe in die Natur maßgeblich zur zuverlässigen Energieversorgung beigetragen. Nun steht die Region vor der Herausforderung, den anstehenden Strukturwandel erfolgreich zu bewältigen und dabei nicht allein gelassen zu werden.

Unsere Heimatregion hat Anspruch darauf, dass die bereitgestellten Mittel für den Strukturwandel schnell, zielgerichtet und unternehmensnah eingesetzt werden. Der Erfolg dieses Vorhabens hängt wesentlich davon ab, wie gut die Rahmenbedingungen durch den Bund, das Land und die Region selbst gestaltet werden, um strukturpolitische Erfolge zu ermöglichen.

Deswegen haben sich vier CDU-Bezirksverbände mit Vertretern aus Energiewirtschaft, Verbänden und Politik auf Schloss Paffendorf in Bergheim getroffen, um über die notwendigen politischen Entscheidungen für einen erfolgreichen Strukturwandel zu beraten.

Unsere Vorsitzende Anna Stelten und ich haben an dieser wichtigen Konferenz teilgenommen.

Während der Konferenz wurde ein Positionspapier verabschiedet, das die zukünftigen Schritte für das Rheinische Revier definiert. Es unterstreicht die Bedeutung einer



Die neue Kreisvorsitzende Anna Stelten und Thomas Schnelle nahmen für den Kreis Heinsberg an der Konferenz teil.

verlässlichen und zukunftsgerichteten Energiepolitik, einer innovativen- und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik, einer zukunftsgerichteten Flächenpolitik sowie einer Aus- und Weiterbildungsoffensive für das Revier. Zudem stellen wir fest, dass das Rheinische Revier ein attraktiver und lebenswerter Industriestandort bleiben

muss, um den wirtschaftlichen Motor und die Lebensqualität der Region zu sichern. Das Positionspapier finden Sie in voller Länge auf der Website des Kreisverbands.

Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Notwendigkeit, die bereitgestellten finanziellen Mittel schneller und gezielter einzusetzen. Es wurde betont, dass eine zweckfremde Nutzung der Mittel verhindert werden muss und die weiteren Rahmenbedingungen so gestaltet werden müssen, dass strukturpolitische Erfolge ermöglicht werden.

Ein weiteres Thema war die Energiepolitik im Rheinischen Revier. Es wurde hervorgehoben, dass der Ausbau erneuerbarer Energien forciert werden muss, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu stärken. Gleichzeitig müssen wasserstofffähige Gaskraftwerke als Backup-Kapazität im Energieversorgungssystem etabliert werden. Auch die weitere Nutzung der Braunkohle muss so lange wie nötig ermöglicht werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik wurde betont, dass gezielte Unterstützungsangebote für Unternehmen im Revier notwendig sind,



# LAND

... um Geschäftsmodelle und Produktionsweisen an die veränderten Gegebenheiten anzupassen. Die Förderung der Wissenschaft im Revier soll stärker auf die Entstehung von Beschäftigung und Wachstum ausgerichtet werden. Zudem müssen die Standortbedingungen systematisch verbessert und international beworben werden.

Die Konferenz machte deutlich, dass der Erfolg des Strukturwandels im Rheinischen Revier von der Zusammenarbeit aller Beteiligten abhängt. Nur durch gemeinsames Handeln können die Herausforderungen gemeistert und die Zukunft der Region gesichert werden. Wir im Kreis Heinsberg werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Strukturwandel in unserer Region zu einer Erfolgsgeschichte für die kommenden Generationen werden wird. ■



Anna Stelten, Thomas Rachel MdB, Thomas Schnelle MdL, Minister Nathanael Liminski MdL, Dr. Roland Schiefer und Innenminister Herbert Reul auf der Strukturwandelkonferenz.



IN FREIHEIT.  
IN SICHERHEIT.  
IN EUROPA.

Ab die Post:  
Für Freiheit.  
Für Sicherheit.  
Für Wohlstand.

CDU  
PER BRIEF  
WÄHLEN

